

# Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

**Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / CDU-Fraktion / SPD-Fraktion**

**Nr.: A 24/0435-01**

Status: öffentlich

Datum: 14.06.2024

**Auswirkungen der Grundsteuerreform 2025**

**Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und SPD**

## Beratungsfolge:

<u>Gremium:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
Finanzausschuss	24.06.2024	Ö	Entscheidung
Rat der Stadt	04.07.2024	Ö	Entscheidung

## Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr fordert die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen auf,

- das Gesetzgebungsverfahren zur Einführung des Grundsteuerhebesatzgesetzes zu stoppen und
- die Gewichtung bei den Messzahlen für Nicht-Wohngrundstücke so zu verändern, dass die unverhältnismäßige Werteverchiebung vermieden wird.

## Sachverhalt:

Bereits mit Antrag A 23/0837-01 hatten die Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und CDU darauf hingewiesen, dass das in Nordrhein-Westfalen zur Anwendung kommende Bundes-Modell für die Neuregelung der Grundsteuer zu einer erheblichen Unwucht zwischen wohnwirtschaftlichen und nicht-wohnwirtschaftlichen Grundstücken führt. Zwischenzeitlich hat das die Landesregierung auch erkannt und einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Möglichkeit einer Differenzierung des Hebesatzes für Wohn- und Nicht-Wohngrundstücke bei der Grundsteuer B vorsieht (LT-Drs. 18/9242).

Unabhängig von dem hohen rechtlichen Risiko der vom Land gegen alle Empfehlungen auch der kommunalen Spitzenverbände (stellvertretend dafür: NRW-Städtetag <https://www.staedtetag-nrw.de/presse/pressemitteilungen/2024/grundsteuer-plaene-land-konflikt-staedte>) geplanten Veränderungen wird eine solche Regelung den Standortwettbewerb zwischen den Kommunen verschärfen und die Position der finanzschwachen Kommunen weiter schwächen. Vor dem

Hintergrund der Bedeutung gleichwertiger Lebensverhältnisse würde damit auch das Gerüst der Kommunalfinanzierung ad absurdum geführt.

Die Antragstellerinnen verweisen in diesem Zusammenhang auf das Beispiel der Bundesländer Sachsen und das Saarland, die bereits über die Spreizung der Messzahlen gegengesteuert und damit den privaten Eigentümern und Nutzern von Wohngrundstücken eine rechtssichere und finanziell tragbare Lösung verschafft haben.

*Christina Küsters*  
CDU-Fraktionsvorsitzende

*Timo Spors/Brigitte Erde*  
Fraktionsvorsitzende  
Bündnis 90/Die Grünen

*Margarete Wietelmann*  
SPD-Fraktionsvorsitzende

*Dr. Siegfried Rauhut*  
CDU-Fraktionssprecher  
im Finanzausschuss

*Björn Maue*  
Ausschusssprecher im Finanzausschuss  
Bündnis 90/Die Grünen

*Filip Fischer*  
SPD-Fraktionssprecher  
im Finanzausschuss